

Ins nächste Kriegsgebiet 30.10.2015



BERLIN/BAMAKO (Eigener Bericht) - Bei der geplanten Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Mali um bis zu 700 Soldaten wird mit bewaffneten Kämpfen gerechnet ("robustes Mandat"). Dies geht aus einem aktuellen Pressebericht hervor, dessen Autor Einsicht in geheime Dokumente der Bundeswehr nehmen konnte. Demnach kalkuliert das Verteidigungsministerium mit einer "hohen Bedrohung" für die deutschen Militärs, die ab

Januar die UN-Blauhelmtruppe MINUSMA verstärken sollen. Es klinge nach einem "Einsatz in einem Kriegsgebiet", heißt es in dem Bericht. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat die Ausweitung der Intervention kürzlich in Aussicht gestellt und als Ziel "Aufklärung" über "Terrorgruppen und Milizen" im Norden Malis genannt. MINUSMA gilt als gefährlichste UN-Mission. Allein seit Juni sind sechs MINUSMA-Soldaten getötet worden. Der Einsatz richtet sich gegen verschiedenste Milizen, ist aber auch mit Widerstand in der lokalen Bevölkerung konfrontiert, die zu Jahresbeginn die MINUSMA-Zentrale in Gao angegriffen hat; in der Stadt soll die Bundeswehr stationiert werden. Der geplante Einsatz reiht sich ein in eine Serie von Interventionen, die von Mali über Südsudan, das Horn von Afrika und den Libanon bis in den Irak reichen und einen geographischen Ring um Europa abdecken. Strategen benennen diesen Ring als vorrangiges Gebiet des Berliner Strebens nach Kontrolle - bei Bedarf auch mit militärischen Mitteln.

Robustes Mandat

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatte die Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Mali bereits am 18. Oktober in Aussicht gestellt, freilich ohne über den geplanten Umfang und die Gefahrenlage zu informieren. Zur Zeit sind knapp 200 deutsche Soldaten im Rahmen einer EU-Ausbildungstruppe ("EUTM Mali") im Süden des Landes stationiert. EUTM Mali wird gegenwärtig vom deutschen Brigadegeneral Franz Xaver Pfrengle geführt. Neun weitere deutsche Soldaten sind in den Führungsstäben der UN-Truppe MINUSMA tätig, die im Norden des Landes operiert. MINUSMA, eine rund 9.000 Mann starke Blauhelmtruppe der Vereinten Nationen, soll den Waffenstillstand im Norden Malis überwachen und die dortigen Städte - etwa Gao - sowie wichtige Verbindungsstraßen schützen. Im September hat das deutsche Verteidigungsministerium ein Erkundungsteam nach Nord-Mali entsandt, das dort klären sollte, unter welchen Umständen Soldaten der Bundeswehr dort eingreifen könnten. "Dringend gebraucht" würden zur Zeit "Einsatzkräfte, die aufklären, wo sich in diesem riesengroßen Land Terrorgruppen und Milizen bewegen", erklärte von der Leyen am 18. Oktober. Deutsche Truppen könnten dies übernehmen. Dabei sei jedoch klar: "Unsere Soldaten müssen sich schützen können und brauchen deshalb ein robustes Mandat." [1]

Bis zu 700 Soldaten

Sowohl den Umfang des in Aussicht genommenen Einsatzes wie auch die Bedrohungslage hat nun ein Pressebericht präzisiert. Demnach schätzt der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, die zu entsendende Truppe auf 400 bis 500 Soldaten; der Obmann der Unionsfraktion im Verteidigungsausschuss, Ingo Gädechens, geht von bis zu 700 Militärs aus. Den Kern sollen rund 200 Soldaten bilden, die vor allem das Aufklärungsbataillon 6 aus Eutin stellen wird. Sie sollen mit Panzerspähwagen vom Typ Fennek und anderen gepanzerten Fahrzeugen ausgerüstet sein und Aufklärungsdrohnen vom Typ Luna nutzen können. Über die Entsendung von Hubschraubern wird noch diskutiert. Aufgabe der Soldaten sei es, "Informationen über die Aktivitäten von Milizen, Terroristen, Kriminellen, Regierungstruppen und der Bevölkerung" zu sammeln, heißt es in dem Bericht. [2] Noch nicht fest stehe das Einsatzgebiet: Sei der Erkundungstrupp vom gesamten Norden Malis ausgegangen, so spreche das Ministerium jetzt nur von Gao und von dessen nicht näher definierter Umgebung. Stationiert werden sollen die Soldaten jedenfalls in Gao.

Immer mehr Angriffe

Wie der Bericht weiter feststellt, ist die Bedrohungslage im Norden Malis durchaus ernst. Offiziell ist zwar Mitte Mai ein Friedensabkommen unterzeichnet worden; tatsächlich aber halten die Kämpfe an. Seit Mai sind rund 50.000 Menschen vor bewaffneten Auseinandersetzungen geflohen; die Zahl der Binnenflüchtlinge liegt inzwischen bei mehr als 100.000, während zugleich über 130.000 Einwohner Nord-Malis im benachbarten Ausland Schutz gesucht haben. MINUSMA verzeichnet inzwischen 56 tote Blauhelmsoldaten und gilt damit als aktuell gefährlichste UN-Mission. Allein in der Zeit vom 12. Juni bis zum 16. September dieses Jahres wurden einem Bericht der Vereinten Nationen zufolge sechs UN-Soldaten getötet und elf verletzt. Der UN-Berichtersteller drückt "tiefe Sorge" über "die wachsende Zahl von Angriffen auf MINUSMA und die malischen Sicherheitskräfte seitens gewalttätiger extremistischer und terroristischer Gruppen" aus.[3] Zudem ist MINUSMA Ziel von Protesten aus der Bevölkerung, in der sich wachsender Unmut über die Aktivitäten der Truppe breit macht. Ende Januar griffen rund 1.000 Demonstranten den MINUSMA-Stützpunkt in Gao mit Steinen und mit Molotow-Cocktails an und versuchten ihn zu stürmen. Bei den darauf folgenden Auseinandersetzungen kamen drei Demonstranten ums Leben.[4] Eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen schrieb ihren Tod dem "exzessiven Schusswaffengebrauch" der MINUSMA-Polizisten zu.[5]

"Hohe Bedrohung"

Entsprechend der Situation heißt es im Bericht des Bundeswehr-Erkundungstrupps: "Die Bedrohungslage und der zu erwartende Auftrag der deutschen Kräfte erfordern die Befähigung zur eigenständigen und robusten Operationsführung." Ausdrücklich gewarnt wird vor Sprengfallen ("Improvised Explosive Devices", IED); der Einsatz von Minenräumern wird empfohlen. In einem internen Bericht des Verteidigungsministeriums sei von einer "erheblichen bzw. hohen Bedrohung" für die deutschen Soldaten die Rede, heißt es: "Es klingt so, als stünde die Bundeswehr vor ihrem nächsten Einsatz in einem Kriegsgebiet." [6]

Ein Ring um Europa

Politisch wäre der Einsatz, dem der Bundestag noch in diesem Jahr zustimmen soll, die logische Konsequenz der weltpolitischen Offensive, die Berlin im Oktober 2013 angekündigt hat. Damals forderte Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede zum deutschen Nationalfeiertag, Deutschland müsse sich deutlich stärker als bisher an der "Lösung" globaler Konflikte beteiligen - gegebenenfalls auch militärisch.[7] Ähnliche Äußerungen tätigten Gauck sowie mehrere Bundesminister in den folgenden Monaten mehrfach.[8] Die Kampagne wurde inhaltlich grundiert von einem Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund of the United States (GMF), in dem es hieß, Deutschland werde "künftig öfter und entschiedener führen müssen" - auch unter Einsatz militärischer Mittel.[9] Das Papier beschreibt das Gebiet, auf das Berlin sich fokussieren solle, als "das zunehmend instabil werdende europäische Umfeld von Nordafrika über den Mittleren Osten bis Zentralasien". Tatsächlich operiert die Bundeswehr inzwischen nicht nur am Horn von Afrika, im Sudan und im Südsudan, vor der Küste des Libanon und im Irak; darüber hinaus ist inzwischen auch eine Intervention in Syrien im Gespräch.[10] Die Einsatz-Ausweitung in Mali entspräche exakt dem Bestreben, einen geographischen Ring jenseits der EU-Außengrenzen unter militärische Kontrolle zu bekommen.

Leicht verzögert

Dass der Einsatz in Mali erst jetzt ausgeweitet wird, ist mutmaßlich dem Konflikt um die Ukraine geschuldet, der Berlin in seiner Schärfe überraschte. Anfang 2014 war bereits davon die Rede gewesen, die Einsätze der Bundeswehr in Afrika sollten ausgeweitet werden. Damals ging es insbesondere um Operationen in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali. Der Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, Generalleutnant Hans-Werner Fritz, kündigte im Januar 2014 an, "dass uns Afrika, insbesondere sein Norden und seine Mitte, in den nächsten Jahren beschäftigen wird".[11] Die Eskalation des Ukraine-Konflikts hat die Interventionen in Afrika zunächst gebremst, zuletzt unter anderem deswegen, weil die Bundeswehr bis heute rund 500 Soldaten für einen etwaigen bewaffneten Einsatz in der Ostukraine bereithält. Ein derartiger Einsatz gilt mittlerweile jedoch als unwahrscheinlich, weshalb die Kapazitäten für die Intervention in Mali frei werden. Die Offensive in Afrika, die bereits Anfang 2014 erwartet wurde, kann daher starten.

[1] Bundeswehr soll Präsenz in Mali ausweiten. www.faz.net 18.10.2015.

[2] Marco Seliger: Erkundung einer neuen Welt. Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.10.2015.

[3] Report of the Secretary-General on the situation in Mali. United Nations Security Council, S/2015/732.

[4] Mali: quatre manifestants tués lors de manifestations contre la MINUSMA à Gao.

www.unmultimedia.org 28.01.2015.

[5] Des casques bleus reconnus responsables de la mort de manifestants au Mali. www.lemonde.fr 02.04.2015.

[6] Marco Seliger: Erkundung einer neuen Welt. Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.10.2015.

[7] S. dazu [Schlafende Dämonen](#) .

[8] S. dazu [Bereit zur globalen Ordnungspolitik](#) , [Die Erwartungen der Welt](#) , [Der Weltordnungsrahmen](#) und [Die Bilanz eines Jahres](#) .

[9] Neue Macht - Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch. Ein Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund of the United States (GMF). Berlin, Oktober 2013. S. dazu [Die Neuvermessung der deutschen Weltpolitik](#) .

[10] S. dazu [Spitzendiplomat fordert Bundeswehr-Einsatz in Syrien](#) und [Der Hauptsponsor des Jihadismus](#) .

[11] Daniel Brössler, Christoph Hickmann, Stefan Kornelius: Wie Deutschland den Franzosen in Afrika hilft. www.sueddeutsche.de 18.01.2014. S. dazu [Die Agenda 2020](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com